

7. Oktober 2006, Neue Zürcher Zeitung

Der Uno-Menschenrechtsrat ohne Beschlüsse

Kein Konsens bei den Themen Darfur und Naher Osten

Der Uno-Menschenrechtsrat hat am Freitag den Abschluss seiner zweiten Session und damit Beschlüsse auf Ende November vertagt. Als nicht konsensfähig erwiesen sich vor allem Formulierungen zum Konflikt in Darfur und zum Nahen Osten.

mri. Genf, 6. Oktober

Der Menschenrechtsrat der Uno hat am Freitag den Abschluss seiner zweiten Session ergebnislos vertagt. Über die 44 eingebrachten Resolutionsentwürfe soll zu Beginn der nächsten Session entschieden werden, die vom 27. November bis zum 8. Dezember dauert. Bis zum Freitagabend hatten die 47 Ratsmitglieder, darunter die Schweiz, über eine gemeinsame Erklärung zu den dringlichsten Menschenrechtsfragen verhandelt, ohne jedoch eine Einigung zu erzielen. Umstritten waren vor allem die Passagen über die Menschenrechtslage in Darfur und im Nahen Osten. Die westlichen Staaten bestanden darauf, dass die Verantwortung der sudanesischen Regierung für den Schutz der Bevölkerung in Darfur vor Menschenrechtsverletzungen und Gewalt festgehalten werde. Dagegen lehnten sie eine Passage ab, in der Israel allein für den jüngsten Krieg in Libanon verantwortlich gemacht wird.

Regionale Gruppen entscheiden

Die westlichen Länder begrüßten die Vertagung der Beschlussfassung. Bei einer Abstimmung wären die Gräben im Rat offensichtlich geworden. Positiv werteten die westlichen Staaten, dass der Dialog mit den Sonderberichterstattern an der Session für die Zukunft gesichert wurde. Mehr als 40 Berichte waren an der dreiwöchigen Session erörtert worden. Ein Hauptproblem ist, dass nicht die 47 Ratsmitglieder entscheiden, sondern die regionalen Gruppen und somit auch Nichtmitglieder. Hauptakteure sind die EU und die Organisation der Konferenz islamischer Staaten. Islamische Staaten sind sowohl Teil der afrikanischen als auch der asiatischen Gruppe. Diese beiden Gruppen verfügen über je 13 Ratsmitglieder und damit über die Mehrheit im Rat. Die westlichen Länder haben 7 Sitze. Der Rat war im März geschaffen worden, um die in Verruf geratene Menschenrechtskommission zu ersetzen. Anders als sein Vorgängergremium sollte er vermehrt auf Dialog und Konsens setzen.

Für den Schweizer Völkerrechtler Walter Kälin widerspiegeln sich im Rat die politischen Spannungen der Gegenwart. Es wäre naiv zu glauben, dass der Rat diese verdrängen könnte, meinte Kälin.

Mangelnde Glaubwürdigkeit

Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) und Amnesty International zeigten sich enttäuscht. Die zweite Session habe der Glaubwürdigkeit des Uno-Gremiums geschadet, sagte die HRW-Direktorin Peggy Hicks. Die beiden Organisationen bedauerten, dass der Rat keine Beschlüsse zu Verstössen gegen die Menschenrechte gefasst habe, weder in Bezug auf den Sudan noch zu Sri Lanka oder zu Usbekistan. Ausserdem sei nicht auf die Empfehlungen der Sonderberichterstatter eingegangen worden. Einige Mitglieder hätten die Verhandlungen blockiert und Allianzen gebildet, um jede Aktion zu verhindern. Die Organisation der Konferenz islamischer Staaten habe keine konstruktive Rolle gespielt. Den demokratischen Ländern habe es an Entschlossenheit gefehlt.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2006/10/07/al/articleEJSB2.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG